



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Gruppe AfD / dieBasis Datum: 28.08.2023	Antrag	2023/285
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der AfD-Fraktion vom 26.08.2023 zum Thema "Einrichtung einer Beratungsstelle für die Bürger bei Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden - Offizielle Daten: Covid-Impfstoffe haben 24x mehr Nebenwirkungen als andere Vakzine"

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

Ö 28.09.2023 Kreistag

Anlage/n:

- Überwachung der Impfstoffsicherheit in Westaustralien – Jahresbericht 2021
- Aufstellung der WHO zu Anzahlen von Impfnebenwirkungen - 12. November 2021

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Entsprechend beantragen wir (erneut), der Kreistag möge beschließen:

1. den Landrat zu beauftragen, im Landkreis Lüneburg eine Beratungsstelle einzurichten, an die sich Bürger bei Auftreten von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden wenden können, sowie
2. diese Stelle durch organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung zu realisieren, um so die Schaffung einer zusätzlichen Stelle zu vermeiden.
3. die Beratungsstelle wird dem Kreistag regelmäßig über die Beratungen bzw. die Erfassung der Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden in unserem Landkreis, auch aus Sicht der die Beratungsstelle Aufsuchenden, berichten

Ergänzend zum Antrag 2022/177 der AFD-Fraktion vom 16.05.2022 (Einrichtung einer Beratungsstelle für die Bürger bei Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden) ist zu berichten, dass nun ein detaillierter Überwachungsbericht zur Impfstoffsicherheit aus Westaustralien vorliegt (s. Anlage), dem zu entnehmen ist, dass Covid-„Impfstoffe“ 24x mehr Nebenwirkungen als andere Vakzine aufweisen:

Demnach wurden in der australischen Provinz im Jahr 2021 knapp über 1,8 Millionen Nicht-Covid-Impfstoffe und rund 3,95 Millionen Covid-„Impfstoffe“ verabreicht. Bei den anderen Impfstoffen wurden dabei 200 Fälle von unerwünschten Nebenwirkungen gemeldet, bei den Covid-„Impfstoffen“ hingegen ganze 10.428.

Das heißt: Von 100.000 Geimpften sonstiger Impfungen erlitten demnach 11,1 Personen solche Nebenwirkungen, doch ganze 264,1 der Covid-„Geimpften“. Wobei anzumerken ist, dass Nebenwirkungen (insbesondere weniger schwere) seltener gemeldet werden als es tatsächlich welche gibt, da der Bürokratieaufwand enorm ist.

Der Impfstoff Spikevax (Moderna) verzeichnete dem Bericht zufolge 281,4 Fälle von Nebenwirkungen pro 100.000 Dosen. Comirnaty (Pfizer) verzeichnete 244,8 Fälle pro 100.000 verabreichten Dosen und der „Impfstoff“ Vaxzevria (AstraZeneca), der aus dem „Impfprogramm“ gestrichen wurde, nachdem Berichte über Blutgerinnsel bei jüngeren Menschen auftauchten, verzeichnete 306 Fälle.

Unerwünschte Ereignisse als Folgen einer Impfung können von milden Erkrankungen wie Armschmerzen bis hin zu schwerwiegenden Erkrankungen wie Anaphylaxie, Thrombose mit Thrombozytopenie-Syndrom (TTS), Guillain-Barré-Syndrom (GBS), Myokarditis und Perikarditis reichen.

Sogar noch Wochen nach den Injektionen wurden bei „Geimpften“ Spike-Proteine, die mit Hilfe der RNA-Anleitung hergestellt wurden, entdeckt. Und dieser Verbleib war mit schweren Multiorganentzündungen und oftmals tödlichen Erkrankungen verbunden.

Da also nicht bekannt ist, wie lange solche Spike-Proteine produziert werden, sind die sich ergebenden Langzeitwirkungen bzw. -schädigungen bis heute nicht absehbar.

Da die Verwaltung unseres Landkreises in Ihrer Stellungnahme vom 19.05.2022 bereits an das Gesundheitsamt verwies, sei ergänzend berichtet, dass bereits im November 2021 WHO-Daten zeigten (s. Anlage), dass die Covid-„Impfung“ deutlich gefährlicher ist, als jede andere Impfung.

Und unser Gesundheitsamt in Lüneburg propagierte dennoch selbst in 2022 die Covid-„Impfung“ sozusagen als Nonplusultra.

Wir halten gerade auch deswegen eine Beratungsstelle unabhängig vom Gesundheitsamt für erforderlich, da diese keine solche, aus unserer Sicht bedenkliche, Vorgeschichte aufweisen würde.

Es ist wichtig, die bisher ziemlich alleingelassenen, betroffenen Bürger unseres Landkreises durch eine neutrale Anlaufstelle im Sinne einer Erstberatung zu unterstützen. Unser Landkreis würde damit auch ein positives Signal an andere Landkreise senden, im Sinne von, seht her, wir lassen unsere Bürger nicht allein und orientieren uns selbstverständlich an den aktuellen Fakten bzw. Zahlen.

Die hohe Anzahl von Nebenwirkungen Betroffener und die Voreingenommenheit Seitens der Behörden in den Corona-Jahren pro Corona-„Impfung“ sprechen eindeutig für solch eine Beratungsstelle in unserem Landkreis.